

Nachlese zum DPoIG-Bundeskongress

## Ein starkes Zeichen für weiterhin gute und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit

Vom 19. bis 21. April 2015 fand der DPoIG-Bundeskongress in Berlin statt. Alle fünf Jahre tritt das höchste Mitgliedergremium der DPoIG zusammen, um den Bundesvorstand neu zu wählen und das gewerkschaftliche Programm der nächsten Jahre zu verabschieden.

Die Delegierten aus Schleswig-Holstein schmiedeten zusammen mit den Nachbarn im Nordverbund Pläne einer verstärkten Zusammenarbeit, aber auch die Kontakte zur Bundespolizeigewerkschaft wurden gestärkt. Gerade nach dem G7-Einsatz in Lübeck zeigte sich, wie wichtig eine länderübergreifende Organisation ist, wenn es zum Beispiel um Einsatzkräftebetreuung geht. Da haben die Kolleginnen und Kollegen der DPoIG mehr als eine gute Figur abgegeben. Der Dank an die JUNGE POLIZEI sei an dieser Stelle noch einmal wiederholt.

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com  
Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061  
Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
Fotos: Th. Nommensen  
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](http://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841

Die Wahlen (Näheres dazu im Bundesteil der Mai-Ausgabe des POLIZEISPIEGELS) führten zu einem überragenden Ergebnis bei der Wiederwahl des Bundesvorsitzenden Rainer Wendt. Joachim Lenders aus Hamburg wurde zum 1. stellvertretenden Bundesvorsitzenden in den Bundesvorstand wiedergewählt. Damit ist sichergestellt, dass in den nächsten Jahren „der Norden“ auf Bundesebene ein deutliches Wort mitzureden hat.

Der Landesverband Schleswig-Holstein gratuliert den Gewählten und dankt allen, die nach Jahren aktiver Gewerkschaftsarbeit nicht wieder angetreten waren.



> Die Delegierten des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Thomas Nommensen und Torsten Gronau

Der Bundeskongress schaffte zudem die notwendigen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Seniorenvertretung auf Bundesebene. Die Interessenwahrung der pensionierten Kolleginnen und Kollegen als hohes gewerkschaftliches Ziel wird dadurch intensiviert.

Das Themenspektrum für den neuen Bundesvorstand wurde durch eine Vielzahl von Anträgen bestimmt, die nunmehr



> Die neue DPoIG-Bundesleitung: Joachim Lenders, Ernst G. Walter, DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt, Wolfgang Ladebeck, Ralf Kusterer und Michael Hinrichsen (von links)

Arbeitsgrundlage für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten Jahre sein werden. In vielen Anträgen ging es naturgemäß um die Forderungen nach einer Abkehr vom Personalabbau

und zur Wiederherstellung bundeseinheitlicher Besoldungsbedingungen. Aber auch zu Themen der Verkehrssicherheit (beispielsweise die Absenkung der Promillegrenze), der Kriminalitätsbekämpfung und der verbesserten Ausstattung (etwa mit Distanzelektroimpulsgeräten) wurde eine große Zahl von Anträgen angenommen.

Es werden spannende Diskussionen erwartet und der Landesvorstand der DPoIG wünscht dem Bundesvorstand ein gutes Händchen.

Ausgesprochen wichtig und von der DPoIG Schleswig-Holstein ausdrücklich begrüßt



> Vor den etwa 300 Delegierten aus dem Bundesgebiet hält Rainer Wendt eine eindrucksvolle Rede.



wird die Intention des alten und neuen Bundesvorsitzenden Rainer Wendt:

„Wir können nicht erwarten, dass junge, engagierte und clevere Menschen zu uns kommen, sich als Beschäftig-

te der Polizei bewerben, wenn wir als Gewerkschaft permanent ausschließlich negative Botschaften über den Zustand der Polizei vermitteln. Bei aller Notwendigkeit, auf Missstände, Fehlentwicklungen und politische Ver-

säumnisse hinzuweisen, dürfen wir nie den Zeitpunkt verpassen, jungen Menschen zu sagen, dass es eine ehrenvolle und zugleich erfüllende Aufgabe ist, für die Sicherheit der Menschen in unserem Land Verantwortung zu über-

nehmen, ihre Freiheit und Bürgerrechte zu schützen!“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

## Bei der Polizei in Itzehoe stinkt es zum Himmel

Das Gebäude der Polizei in Itzehoe, das sogenannte Behördenhochhaus, stammt aus den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Und genau diesen Charme versprüht der Komplex, der durchaus als marode bezeichnet werden kann. Ästhetisch kein schönes Aushängeschild.

Aber nicht nur der äußere Eindruck gibt mittlerweile Grund zu Beschwerden. Vielmehr sind es die „inneren Werte“, die zu immer lauter werdenden Unmutsäußerungen führen.

Themen wie Brandschutz, Hygiene, Arbeitssicherheit, Fahrstuhltechnik und einiges mehr sind mehrfach hinterfragt wurden. Es ist schon bemerkenswert, dass bislang noch niemand von einem herabstürzenden Betonbrocken der Außenfassade getroffen und verletzt wurde.

Auf der Liste der marodesten Dienstgebäude des Landes befindet sich das Behördenhochhaus Itzehoe sicher auf einem der vorderen Plätze.

Teilbereiche wurden im Laufe der letzten Jahre näher betrachtet und halbherzige Lösungen, die mehr einer äußerlichen „Verschönerung“ denn einer grundlegenden Sanierung dienen, in Angriff genommen.

Seit mehr als 20 Jahren wird zum Beispiel ein Komplettum-

bau der Räumlichkeiten der Wache gefordert. Etliche Besprechungen hinsichtlich der Erforderlichkeit einer modernen und sachgerechten Unterbringung besonders der schichtdienstleistenden Beamten fanden statt und ebenso lange wurden die Forderungen stets als gerechtfertigt und notwendig anerkannt.

Aus vielen Mündern der hochrangigen Vertreter aus der Politik und Polizeiführung hörte man immer wieder gut gemeinte Kommentare und die besten Absichtserklärungen.

Stets gab man sich damit zufrieden, dass kein Geld vorhanden sei oder dass andere Maßnahmen in anderen Landesbereichen noch dringender seien und man die Probleme in Itzehoe noch einmal aufschieben müsse. Aber dann würde man ganz schnell auch hier für Abhilfe sorgen.

Nach derzeitigen Planungen soll es nun tatsächlich zu einem grundlegenden Umbau zumindest der Wachräume im Jahr 2017 kommen. Die Hausaufgaben, die vor Ort gemacht werden müssen, sind lange erledigt. Nun sind andere Körperschaften gefragt, das Weitere zu veranlassen.

Als erster Schritt wurde im Herbst 2014 zugesagt, den Bereich des Gewahrsams innerhalb der Wache endlich zu mo-



> Das Behördenhochhaus der PD Itzehoe



> Der Gewahrsamstrakt beim Polizeirevier Itzehoe

dernisieren. Nach damaligem Stand könne definitiv mit einer Modernisierung des gesamten Gewahrsamsbereiches im Sommer 2015 begonnen werden.

Gerade im Gewahrsamstrakt gibt es nämlich neben den allgemein in solchen Bereichen auftretenden Geruchsbeeinträchtigungen zusätzliche Abluftprobleme. Dabei stinkt es teilweise so heftig und atemberaubend, dass man einen längeren Aufenthalt im Bereich der Gewahrsamszellen schon als fast unmenschlich bezeichnen muss. Hiervon konnte sich unter anderem auch die Staatssekretärin Söller-Winkler bei einem Besuch vor Ort überzeugen. Sie hielt es nur wenige Minuten im Gewahrsamstrakt aus und brachte anschließend Verständnis für die Klagen der Beamten, die dort rund um die Uhr ihren Dienst verrichten müssen, auf.

Jetzt aber, als man fast täglich mit dem Erscheinen der Bau-

trupps rechnete, heißt es plötzlich, dass wohl doch erst frühestens im kommenden Jahr mit einem Baubeginn gerechnet werden kann. Die Kostenübernahme dieser Bau-

maßnahme sei offenbar noch nicht geklärt. Man kann sich sicher vorstellen, wie die Gefühlslage der Beamten des Polizeireviers Itzehoe ist:

Seit Jahrzehnten ist überall anerkannt, dass ihre Diensträume den Anforderungen einer modernen und sachgerechten Polizeiarbeit nicht entsprechen. Es geschieht trotzdem nichts. Die Kollegen und Kolleginnen verrichten weiterhin ihren Dienst, haben den Glauben an eine baldige Verbesserung der Situation aber schon lange verloren und fühlen sich im Stich gelassen.

Es stinkt zum Himmel!!!

*Frank Hesse,  
Vorsitzender Kreisverband  
Itzehoe*



## Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder beendet Übernahme für die Landesbeamten in Schleswig-Holstein stand abermals auf der Kippe

Im Frühjahr 2015 war es mal wieder soweit: Die Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder standen an.

Über viele Wochen und in zähen Verhandlungsrunden saßen sich Vertreter des dbb beamtenbund und tarifunion sowie der Gewerkschaft ver.di (für den DGB) und der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber, Jens Bullerjahn (SPD, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt), gegenüber.

Angesichts der aktuell ausgesprochen positiven fiskalischen Voraussetzungen der öffentlichen Haushalte gingen die Arbeitnehmervertreter mit der maßvollen Forderung von 5,5 Prozent (mindestens aber 175 Euro) Tarifierhöhung in die Verhandlungen.

Mit anderen Worten: Da die Finanzminister des Bundes und der Länder sich seit geraumer Zeit mit Meldungen über sprudelnde Steuereinnahmen und Einnahmezuwächse im Steuersäckel in Milliardenhöhe überbieten, haben diejenigen, die

den Staat in nicht unwesentlichem Maße tragen, nämlich die Bediensteten, umso mehr ein Anrecht auf gerechte Entlohnung und angemessene Teilhabe!

Wie in einer Art Ritual wurden diese Forderungen von den öffentlichen Arbeitgebern zunächst strikt zurückgewiesen und neben zahlreichen Demonstrationen der Gewerkschaften in vielen deutschen Städten waren auch Warnstreiks der Angestellten und Arbeiter in manchen Ländern erforderlich, um den berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Schlussendlich hatte man sich Ende April auf eine lineare Einkommenserhöhung von durchschnittlich 4,61 Prozent (mindestens aber 75 Euro) bei einer Laufzeit von 24 Monaten geeinigt. Konkret werden die Arbeiter und Angestellten der Länder rückwirkend zum 1. März 2015 eine Erhöhung von 2,1 Prozent und zum 1. März 2016 weitere 2,3 Prozent Steigerung erhalten.

Als vorbildlich ist zu bezeichnen, dass unmittelbar nach Bekanntwerden des Abschlusses einige Bundesländer (darunter Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bayern) ankündigten, den Tarifabschluss selbstverständlich zeit- und inhaltsgleich für die Landesbeamten übernehmen zu wollen. Spannend wurde es wiederum für die beamteten Staatsdiener in Schleswig-Holstein – hatte die rot-grünblaue sogenannte „Küstenkoalition“ unter Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) doch bei der letzten Tarifrunde im Jahr



Siegfried Fries, pixelio.de

2013 einen Sturm der Entrüstung und wütende Proteste dafür geerntet, dass man nur in deutlich geringerem Umfang die Beamten an der Erhöhung beteiligen, also ihnen mal wieder ein „Sonderopfer“ abverlangen wollte. Sogar eine Onlinepetition, die von Tausenden Landesbeamten gezeichnet wurde, erreichte den Landtag damals wegen dieser unverschämten Ungerechtigkeit. Unter dem Strich musste die Kieler Landesregierung zurückrudern und die Beamten wenigstens inhalts- wenn auch nicht zeitgleich an den Anhebungen beteiligen.

Und als hätte man in der Kieler Landesregierung nichts dazu gelernt, versuchte auch in diesem Frühjahr Finanzministerin Monika Heinold (Bündnis 90/Die Grünen) erneut, eine deutliche Abkoppelung der Beamten von den Lohnzuwächsen zu erwirken. Nach wiederum zähen Verhandlungen der dbb und DGB-Spitze in S-H gelang

es weitgehend, der Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen. Von den Vorstellungen der Ministerin blieb wenig übrig: Lediglich im Jahr 2016 wird die Tarifierhöhung mit zwei Monaten Verzögerung (also zum 1. Mai) vollzogen – ansonsten werden die Landesbeamten nun doch zeit- und inhaltsgleich an der ausgehandelten Tarifierhöhung beteiligt werden. Ein Kompromiss, mit dem man auch bei dbb und DGB leben konnte.

Warum nicht gleich so? Bei einer echten und ehrlichen Wertschätzung wäre einzig eine uneingeschränkte und selbstverständliche zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses für die Landesbeamten angemessen gewesen!

*Kommentar von  
Thomas Nommensen,  
stellvertretender  
Landesvorsitzender*



M. Gapfel, pixelio.de

## Bekämpfung von Alkohol, Drogen und Medikamenten im Straßenverkehr DPoIG fordert alternative Messmethoden!

Alkohol, Drogen und Medikamente (ADM) beeinträchtigen Führer von Fahrzeugen, insbesondere Kraftfahrzeugen, enorm. Zu Recht wurde die Bekämpfung dieser Delikte von Landespolizeidirektor Ralf Höhs als Landesziel bei der Verkehrsüberwachung ausgegeben.

Die derzeit in der Landespolizei Schleswig-Holstein bei dem Verdacht auf Fahren unter Drogeneinfluss favorisierte Methode, den kontrollierten Fahrzeugführer einem Test zu unterziehen, ist der Schnelltest auf Urinbasis.

Auch ist die Abgabe sehr häufig nicht sofort möglich, was in der Natur des Menschen begründet liegt.

Der Zeitaufwand für eine Überprüfung ist also gewaltig.

Speicheltestgeräte würden diesen Zeitaufwand erheblich verkürzen. Auch würde die

Viele Kollegen schreckt der direkte Umgang mit Körperflüssigkeit eines kontrollierten Verkehrsteilnehmers zu Recht ab. Es handelt sich bei dieser Flüssigkeit schließlich um einen Giftstoff, weshalb sich bereits um die ordnungsgemäße Entsorgung der Proben Gedanken gemacht wurde. Mit diesem Probenmaterial handelt der zu kontrollierende Verkehrsteilnehmer in unserer Nähe herum. Anders als ein Patient in der Arztpraxis muss dieser aufgrund der polizeilichen Maßnahme mit weitreichenden Konsequenzen rechnen.

Insgesamt ein ungutes Gefühl.

Des Weiteren macht die Abgabe der Probe häufig Probleme. Muss es doch dem Verkehrsteilnehmer ermöglicht werden, diese in menschenwürdiger Umgebung abzugeben. Das bedeutet meistens die Fahrt zur nächsten besetzten Dienststelle, was durchaus einer langen Anfahrt bedarf.

Hemmschwelle des Umganges mit dem Urin fremder Menschen wegfallen.

Dadurch könnten mehr Kollegen zu ADM-Kontrollen motiviert werden, wodurch die Kontrolldichte erhöht werden kann.

Anlässlich eines Informationsbesuchs der DPoIG bei der Firma Dräger in Lübeck konnte ich mir den „Drugtest 5000“ und dessen Funktionsumfang ansehen und das Gerät auch ausprobieren.

Es ist bereits in mehreren Bundesländern im Einsatz.



> Drogentest 5000 der Firma Dräger

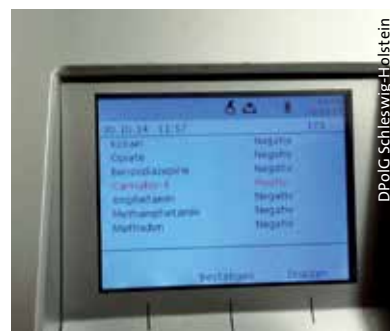
Aufgrund der Größe ist es in erster Linie für einen Einsatz auf der Dienststelle konzipiert. Ein Einsatz im Fahrzeug ist durch Anschlussmöglichkeiten und Akku auch praktikabel.

Für den mobilen Einsatz kommt wohl in erster Linie ein Einwegtest auf mechanischer Basis infrage.

Auch die Firma Dräger hat einen solchen Schnelltest im Programm – den „Drugcheck 3000“.

Diesen Test konnten wir ausprobieren. Die Handhabung ist einfach, schnell und sauber. Das Tragen von Handschuhen ist nicht unbedingt erforderlich, und ein Ergebnis liegt bereits nach wenigen Minuten vor.

Abschließend ist festzustellen, dass die Einführung eines Drogenschnelltests auf Speichelbasis für alle Beteiligten einfacher in der Durchführung ist. Insgesamt ist diese Art von Test auch für den Probanden eine Verbesserung, da dieser immer vor Ort am Streifenwagen durchgeführt werden kann. Eine Fahrt zur Dienststelle, die Probleme bei der Urin-



> Auswertung des Tests – klar, verständlich und sicher

abgabe und der dadurch entstehende Zeitaufwand entfallen.

Die Landespolizei Schleswig-Holstein würde durch die Einführung eines Drogenschnelltests auf Speichelbasis dem gesteckten Landesziel einen großen Schritt näher kommen und die Akzeptanz solcher Überprüfungen im Kollegenkreis noch einmal deutlich erhöhen.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen und persönlichen Erfahrungen aus der Praxis fordert die DPoIG die flächendeckende Einführung von Speicheltests für den polizeilichen Einzeldienst.

Sven-Erik Haase,  
Kreisverband Itzehoe